

unizeit

Komplexe Kommunikation	S. 3
Unterhaltsame Uni	S. 4
Berausende Bohnen	S. 8
Kranke Kuschartiere	S. 8

»In Israel hat man das Alter eines frisch gefangenen Fisches bestimmt – dem Messergebnis zufolge hätte das Tier etwa 8.000 Jahre alt sein müssen.«

Ricardo Fernandes, Doktorand am Leibniz-Labor für Altersbestimmung und Isotopenforschung S. 5

»Man kann nicht jemanden den ganzen Tag lang begleiten, das Gesagte verschriftlichen und dann sagen: Dieser eine Mann ist jetzt typisch.«

Dr. Lieselotte Anderwald, Professorin für Englische Sprachwissenschaft S. 3

Editorial

Vielfalt. Exzellenz. Lehramt!

Die CAU ist ein leuchtender Garten der Vielfalt. Hier ergänzen und befruchten sich unterschiedlichste methodische und gedankliche Ansätze in produktivem Wettstreit. Diese Vielfalt spiegelt die vorliegende »unizeit« wider: Denken Frauen anders als Männer? Wie hilft der Teddy-Doc Kindern ihre Angst zu überwinden? Was haben Baumringe mit Rubens zu tun? Das sind einige der Themen, die dieses Mal Ihre Neugier wecken sollen. Die CAU ist auch ein Ort der Exzellenz. In den vergangenen Jahren haben wir uns in einem großen Kraftakt in der Forschung einen Platz im oberen Drittel der deutschen Universitäten erobert. Mit unseren Partnern warten wir daher (an)gespannt auf die Entscheidung am 15. Juni über die Fortführung der Exzellenzinitiative. Millionen Euro Forschungsmittel und Hunderte Arbeitsplätze hängen davon ab. Drücken Sie uns fest die Daumen! Feiern können Sie den erhofften Erfolg mit uns während der Kieler Woche vom 16. bis 24. Juni. Bei der **kieler uni live** laden wir Gäste aus aller Welt ein, die wunderbare Welt unserer Wissenschaft in Augenschein zu nehmen.

Wissen verständlich, motivierend und spannend vermitteln – das tun täglich Lehrerinnen und Lehrer. Im Interview mit Vizepräsident Professor Frank Kempken erfahren Sie, warum die CAU derzeit der beste Ort im Land für die Ausbildung künftiger Oberstufenlehrerinnen und -lehrer ist und wie unsere Universität erste Adresse für ihre Ausbildung bleiben will. Eine in jeder Hinsicht erhellende Lektüre wünscht Ihnen

Professor Gerhard Fouquet
Universitätspräsident

Das Afghanistan-Dilemma

Der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft am Hindukusch hat sich zum Guerillakrieg gewandelt. Wie es dazu kommen konnte, untersuchen Kieler Wissenschaftler – auch im Auslandseinsatz.



Der Schein trügt: Hinter der friedlichen Fassade Afghanistans droht die Gefahr von immer neuen Terroranschlägen.

Foto: Robin Schroeder

Knapp drei Wochen waren Robin Schroeder und Stefan Hansen im September und Oktober 2011 in Nordafghanistan bei der Internationalen Schutztruppe ISAF. Schroeder und Hansen nahmen an morgendlichen Lagebesprechungen teil, führten über 40 Interviews mit militärischen und zivilen Verantwortlichen und sprachen mit Soldatinnen, Soldaten und Polizeikräften. Sie bekamen einen unmittelbaren Eindruck von den Herausforderungen, welche die Menschen vor Ort täglich bewältigen müssen. Dazu zählt auch die omnipotente Bedrohung durch Aufständische. Während des Aufenthaltes der Kieler Politikwissenschaftler wurde nicht weit entfernt ein Infanteriezug mit Panzerfausten beschossen. Schroeder und Hansen sind Mitarbeiter am Institut für Sicherheitspolitik der CAU. Unter Leitung von Professor Joachim Krause forschen sie im Auftrag des Bundesministeriums für Verteidigung für die Studie »Counterinsurgency – Erfahrungen, Strategien und Aussichten«.

Counterinsurgency, oder Aufstandsbezwängung, das ist die Antwort der internationalen Koalition auf die prekäre Sicherheitslage in Afghanistan. Im Zuge der stetig zunehmenden Gewalt, die sich sowohl gegen die afghanische Bevölkerung als auch gegen die ISAF-Schutztruppen richtete, kam es 2009 zu einem Strategiewechsel in der internationalen Stabilisierungsmission. Die radikalislamischen Taliban waren im amerikanischen »Krieg gegen den Terror« zwar aus der Region vertrieben worden. Strategische Fehler beim anschließenden Versuch, einen funktionsfähigen Staat aufzubauen, führten in den meisten Teilen des Landes

jedoch zu einem Sicherheitsvakuum. Es gab zu wenig Militär und Polizei, um diese Gegenden zu stabilisieren. Das Resultat: »Ein rechtsfreier Raum entstand, in dem es den Leuten häufig schlecht ging, so dass die Taliban keine Probleme hatten, dort wieder einzuzickern«, sagt Schroeder.

Seit 2006 hat die ISAF nun mit Terroranschlägen im ganzen Land zu kämpfen. »Die Bundeswehr ist in einen Guerillakrieg hineingeschliddert«, konstatiert Krause. »Eine Situation, mit der unsere Armee zuvor keinerlei Erfahrung hatte.« Mit der vor drei Jahren eingeführten Counterinsurgency-Strategie sollte die Sicherheitslage durch einen ganzheitlichen zivilmilitärischen Ansatz verbessert werden, indem die Bevölkerung besser geschützt, einheimische Sicherheitskräfte ausgebildet und der staatliche Aufbau effektiver vorangetrieben wird.

»Der Erfolg einer solchen Strategie hängt besonders davon ab, ob die beteiligten Staaten in der Lage sind, einen zivilen Aufbau herzustellen«,

sagt Krause. Die Grundfehler seien Ende 2001 begangen worden. Man habe versucht einen »billigen Frieden« zu erreichen und so wenig zivile und militärische Ressourcen wie möglich in die Mission zu stecken. Als erkannt wurde, dass das nicht ausreichte, sollte ein ziviler Aufbau alles besser werden lassen. Aber hier stellten sich deutliche Schwächen heraus. Krause: »Keiner ist wirklich darauf vorbereitet, in einem fremden Land wirkungsvolle zivile Aufbauarbeit zu leisten.« So hatte die Bundesregierung 2002 zugesagt, Polizeikräfte vor Ort auszubilden, jedoch

fanden sich kaum Freiwillige für den Job. Ein verfassungsrechtliches Problem, denn Polizei ist Ländersache. »Die Regierung kann keine Polizistin und keinen Polizisten ins Ausland befehlen«, sagt Hansen.

»Es ist ein riesiger Unterschied zwischen dem, was die internationale Gemeinschaft verspricht und dem, was sie tatsächlich halten kann«,

so Krause. In Deutschland fehle eine zentrale Einrichtung, die ziviles Personal in Krisengebiete entsenden kann, um Straßen, Schulen, Verwaltung und Polizei aufzubauen. Das Auswärtige Amt, das Innenministerium, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) arbeiteten nicht optimal zusammen. Daher müsse die Bundeswehr neben der Schaffung eines sicheren Umfelds auch zivile Aufgaben erfüllen. »Jemand muss in dem Moment die Lücke einfach füllen«, sagt Hansen. Die Studie der Kieler Politikwissenschaftler soll die aktuelle Afghanistan-Strategie bewerten und Lehren für zukünftige Einsätze ziehen. Krause, seine Mitarbeiter und die 2007 gegründete Denkfabrik »Center for a New American Security« (Zentrum für eine neue amerikanische Sicherheit) organisierten dazu vier internationale Konferenzen in Hamburg und Washington D.C., sie berieten mit den führenden Fachleuten aus Militär, zivilen Forschungseinrichtungen, mit Ministerien und NGOs. General David Rodriguez, stellvertretender amerikanischer Kommandeur in Afghanistan, gehörte ebenso zur Strategiegruppe

wie CIA-Chef David Petraeus, der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière und führende Counterinsurgency-Expertinnen und Experten. »Das Regierungsprojekt hat uns ermöglicht, eine unglaubliche Masse an Expertise und Einsatzerfahrung aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln zu vereinen«, sagt Schroeder. Gemeinsam erarbeiteten sie politische Handlungsempfehlungen für die Zukunft. Dabei sind zum Teil recht einfache Grundsätze herausgekommen. »Für künftige Missionen muss klar sein, wer in letzter Instanz verantwortlich ist – national wie international«, erklärt Krause. Ansonsten entstehe eine kollektive Verantwortungslosigkeit. Darüber hinaus müsse man vor einer Entscheidung zum Mitmachen genau wissen, worauf man sich einlässt. Umfassende Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten gehörten dazu. »Afghanistan ist ein hochkomplexes Land mit unterschiedlichsten Ethnien, politischen Interessengruppen und einflussreichen lokalen Machthabern«, sagt Schroeder. Jede Provinz brauche einen anderen Lösungsansatz, um die Konflikte beizulegen und die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Vieles werde dort mittlerweile richtig gemacht, aber mit 2014 als Abzugsdatum der Bundeswehr werde die Zeit knapp. Libyen, Syrien, Südsudan, Jemen oder Somalia bergen weitere Krisenherde, in die die westliche Staatengemeinde möglicherweise als nächstes eingreifen muss. Die Ergebnisse der Studie könnten dann von großem Nutzen sein. Krause: »Von 200 Staaten auf der Welt gibt es nur wenige, die wirklich funktionieren.«

Denis Schimmelpfennig